

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Gleich-Dunden)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 86.

Berlin, Mittwoch, 27. Oktober 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die sozialpolitischen Aufgaben des Reichstages. — Ein Regierungsrat. — Zur Charakteristik des Friedrichen Verbandes. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Die sozialpolitischen Aufgaben des Reichstages.

Mit Rücksicht darauf, daß durch den Schluß der Session mehrere bedeutsame Gesetzesvorlagen unter den Tisch gefallen sind, an deren Zustandekommen der Reichsregierung offenbar viel liegen muß, dürfte man damit rechnen, daß diesmal das Reichsparlament zu einem früheren Termin als sonst einberufen würde. Die Reichsregierung jedoch läßt sich Zeit. Es stehen ja auch nicht Militär- oder Marinefragen zur Erledigung, oder gar eine Finanzreform. In solchen Dingen hat sie stets große Eile. Aber wenn es gilt, Fragen der Sozialpolitik zu erledigen, da nimmt man sich Zeit. Erst Ende November, also noch später als sonst, soll der Reichstag zusammenberufen werden. Vorher will der Reichskanzler mit Führern der bürgerlichen Parteien Besprechungen über die politische Lage vornehmen.

Das klingt nicht gerade vertrauenerweckend. Wenn diese Dispositionen wirklich eingehalten werden, dann würden bis Weihnachten höchstens der Etat in erster Lesung und einige unbedeutende Angelegenheiten erledigt werden können. Nach der Weihnachtspause würden dann die weiteren Etatsberatungen zunächst folgen, und was dann noch übrig bleibt, den sonstigen gesetzgeberischen Plänen vorbehalten sein. Die Arbeitszeit des Reichstages ist danach überaus knapp bemessen, und es läßt sich schon heute daraus der Schluß ziehen, daß das sozialpolitische Ergebnis ebenso wie in den früheren Jahren ein recht dürftiges sein wird. Dabei hätte die Reichsregierung doch wahrlich Anlaß genug, wenigstens jetzt, wo dem Volke und namentlich den Arbeitern durch die Steuerreform so schwere, ja fast unerträgliche Lasten auferlegt worden sind, wenigstens auf sozialpolitischem Gebiete ein etwas beschleunigteres Tempo einzuschlagen. Der Ausfall der letzten Wahlen zeigt doch wahrlich deutlich genug, wohin die Wirtschaftspolitik des Reiches führt. Da sollte man wenigstens durch eine vernünftige und entschiedene Sozialpolitik dafür sorgen, daß die Mißstimmung und Erbitterung nicht noch vermehrt wird.

Die deutsche Arbeiterschaft hat ein wohl begründetes Recht darauf, daß zunächst die sozialpolitischen Gesetze, die in der vorigen Tagung nicht haben verabschiedet werden können, schleunigst erledigt werden. Das Arbeitskammergesetz muß so bald wie möglich an den Reichstag gelangen, und zwar zum mindesten in der Form, die ihm die Kommission gegeben hat. Die Bestimmung, daß Organisationsbeamte Mitglieder der Arbeitskammern werden dürfen, muß darin enthalten sein. Die Bedenken, welche die Regierung gegen diese Vorschrift hat, können nicht aufrecht erhalten werden. Gerade in der Zulassung der Organisationsbeamten zu den Arbeitskammern liegt einer der hauptsächlichsten Vorteile des Gesetzes. Ihr Ausschluß würde für die Arbeiter den Wert des Gesetzes ganz erheblich herabmindern.

In zweiter Linie kommt die Gewerbeordnungs-Novelle in Betracht, die ebenfalls

zum großen Teile von der Kommission bereits durchberaten worden ist und manche schätzbaren Vorteile hätte bringen können. Auch dieses Gesetz muß in der von der Kommission beschlossenen Fassung dem Reichstage wieder vorgelegt werden. Dabei möchten wir dem Wunsche Ausdruck verleihen, daß die Regierung auch von ihrem ablehnenden Standpunkte gegenüber den Lohnämtern für die Heimindustrie abgeht. Was in Australien und in England möglich ist, das muß auch bei uns durchgeführt werden können.

Neben diesen bereits vorbereiteten Gesetzentwürfen wird voraussichtlich die Reichsversicherungsschutzordnung dem Reichstag beschickten. Allerdings sind lebhafteste Zweifel laut geworden, ob dieses gesetzgeberische Werk in absehbarer Zeit erledigt werden kann. Die bereits von uns erwähnten Gerüchte, daß die Regierung überhaupt auf eine Einbringung des Entwurfs zu verzichteten beabsichtigt, sind noch nicht verstummt. Aber selbst wenn diese Gerüchte unbegründet wären, würde bei der Menge und der Kompliziertheit des Stoffes eine gründliche Erledigung Monate, wenn nicht gar Jahre erfordern. Da aber laut § 13 des Zolltarifgesetzes die Hinterbliebenenversicherung am 1. Januar 1910 in Kraft treten soll, wird eine der nächsten Aufgaben des Reichstages die Abänderung jenes Paragraphen bilden müssen. Welchen Verlauf aber auch die Angelegenheit nimmt: Es muß erwartet werden, daß die Forderungen der deutschen Arbeiter, soweit sie sich wie die der Deutschen Gewerksvereine im Rahmen des Durchführbaren halten, bei der Gestaltung der Reichsversicherungsschutzordnung die gebührende Berücksichtigung finden. Auf diese Wünsche im einzelnen hier einzugehen, liegt kein Anlaß vor. Sie sind niedergelegt in festen Zeitfragen und als solche zur Kenntnis des Bundesrats und Reichskanzlers gebracht worden.

Aber noch andere Aufgaben sozialpolitischen Charakters müssen vom Reichstage so schnell wie möglich gelöst werden. Das Koalitionsrecht der Arbeiter bedarf unbedingt des Ausbaues und der Sicherung. Die in den §§ 152 und 153 enthaltenen Vorschriften genügen nicht. Der Willfür wird dadurch Tür und Tor geöffnet. Nicht allein der Mißbrauch, sondern auch die Behinderung an der Ausnutzung des Koalitionsrechtes muß streng bestraft werden. Wir denken dabei in erster Linie an die schwarzen Listen, die zweifelsohne gegen die guten Sitten verstoßen und die Arbeiter hindern, sich so zu betätigen, wie sie es nach eigenem Ermessen für richtig halten. Uns schmerzen aber dabei auch die Vorgänge vor, die sich gerade in den letzten Wochen in Cuedlinburg abgespielt haben. Ist es nicht unerhört, daß ein Mann den von ihm beschäftigten Arbeitern ungeheures Befehlen kann, aus ihrer Organisation auszutreten? Denn einem Befehl kommt es gleich, wenn jene schlecht entlohnenden Arbeiter, die nicht in der Lage waren, irgendwelche Mühsal zu machen, vor die Alternative gestellt werden, entweder aus der Arbeit oder aus dem Gewerksverein zu scheiden. Wer auch nur einen Funken Gerechtigkeitsgefühl besitzt, der muß empört sein über dieses prophanhafte und rücksichtslose Vorgehen, das nicht nur auch den Wunsch fühlen, das derartige Vorkommnisse ein für allemal ein Ende gemacht wird. Es gibt Mittel und Wege, sie zu verhindern; die Regierung braucht nur den guten Willen zu zeigen.

Noch manche anderen Wünsche haben wir auf dem Herzen. Leider sind die Aussichten auf ihre Erfüllung zurzeit nicht günstig. Da ist z. B. die gesetzliche Regelung der Tarifverträge, die der jetzt aus dem Amte geschiedene Staatssekretär des Reiches, Justizrat Dr. Rieberding noch vor nicht allzu langer Zeit in Aussicht stellte. Herr v. Bethmann-Hollweg allerdings hat später dagegen gewichtige Bedenken vorgebracht und erklärt, daß einstweilen an die Lösung dieser Frage nicht gedacht werden könne. Vorbedingung dafür sei die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine. Nun, auch dies ist eine Forderung, die längst erledigt sein könnte. Freilich muß dabei ein anderer Weg eingeschlagen werden als der, den die Reichsregierung mit ihrer Vorlage aus dem Jahre 1906 betreten hat. Auf alle Fälle ist es aber notwendig, daß diese Forderungen immer und immer wieder gestellt werden. Auf die Dauer wird man sich ihrer Verwirklichung nicht entziehen können.

An sozialpolitischen Arbeiten also fehlt es dem Reichstage nicht, und wenn man bedenkt, daß er viel an der deutschen Arbeiterschaft gutzumachen hat, dann sollte man eigentlich annehmen, daß er endlich das bisherige Schnecken Tempo aufgibt und etwas energischer fortschreitet. Freilich, die Scharfmacher sind schon wieder am Werke. In den „Hamburger Nachrichten“ wird vor einer „abermächtig sozialpolitischen Hochflut“ gewarnt. Der Industrie dürfen keine neuen Lasten auferlegt werden, das ist das Leitmotiv, das sich durch jenen Artikel zieht. Wir können uns nicht denken, daß in Anbetracht der ganzen innerpolitischen Lage die Reichsregierung jenen Scharfmachern Gehör schenkt. Verlagt die Gesetzgebung auch fernerhin auf dem Gebiete der Sozialpolitik, so würden die Folgen sicherlich noch schlimmer sein als diejenigen, welche die Reichsfinanzreform gezeitigt hat. Eine solche Verantwortung wird aber weder der Reichstag noch die Reichsregierung tragen wollen.

Ein Regierungsrat.

In der vergangenen Woche fand in Hamburg eine Delegiertenversammlung der hamburgischen Landesorganisation der Sozialdemokratie statt, die sich mit „Sonderbetreibungen in der Hamburger Arbeiterbewegung“ beschäftigte. Die ganze Gesellschaft würde uns nichts angehen, wenn es sich um rein politische Dinge gehandelt hätte. Da aber das Verhältnis zu den Gewerkschaften dabei recht drastisch illustriert wurde, halten wir es für angebracht, uns mit jener Tagung nach dem Bericht des „Vorwärts“ etwas eingehender zu beschäftigen.

Den Anlaß zur Einberufung dieser Delegiertenversammlung hat die Tatsache gegeben, daß die Gewerkschaftsbeamten in Hamburg sich ab und zu zu zwanglosen Zusammenkünften eingefunden haben, um sich über wichtige gewerkschaftliche Fragen, das soziale Recht, die soziale Wissenschaft usw. zu unterhalten und gegenseitig aufzuklären. Es handelte sich dabei um eine reine Privatangelegenheit. Die Hamburger Radikalsinnis aber erblickten darin eine Sonderorganisation der Gewerkschaftsbeamten, die um so verdächtiger erscheinen mußte, als in jenen Zusammenkünften vor allen Dingen Anhänger der revisionistischen Betreibungen, die darauf hinauslaufen, den Klassenkampf zu verwässern, belehrende Vorträge gehalten haben. Selbst Gompers, der in letzter Zeit viel genannte amerikanische Gewerkschaftsführer, hat an einem solchen Abend gesprochen. Außer ihm hat man einen Dr. Müller von der Groß-Einkaufs-Gesell-

schafft über Nationalökonomie — aber nicht im Sinne von Marx —, ferner Männer wie Calmer, Reus, Dr. David und andere Revisionisten reden lassen. Aber noch ein anderes Vergehen hat sich der „Reberbund“ — so nannte man jene Vereinigung von Gewerkschaftsbeamten — zuschulden kommen lassen. Er soll eine besondere Zeitung herausgegeben haben.

Das sind so im wesentlichen die Vorwürfe, die man den Teilnehmern an jenen Zusammenkünften macht. Die Vertilgung der Kommission für die Zusammenkünfte hatten die „Genossen“ Ihle und v. Elm übernommen. Die Zusammenkünfte wurden nicht geleugnet. Es sei auch gar keine Geheimnisträmerie damit getrieben worden. Die Teilnehmer an den Zusammenkünften seien meistens Leute gewesen, welche die Partei- und Gewerkschaftsschule in Berlin besucht haben. Diese hätten ein Interesse daran gehabt, sich weiter zu entwickeln, das angelegte Kapital nicht umkommen zu lassen. Eine Aussprache zur Ergänzung des Wissens, zum Weiterlernen sei aber am ehesten im Kreise früherer Schüler, möglichst mit denselben Lehrern, zu erzielen. v. Elm nannte das Vorgehen gegen die Gewerkschaftsbeamten mit Recht reaktionär. Vor einem bürgerlichen Gericht herrsche mehr Gerechtigkeit als in der Delegiertenversammlung nach den vorgebrachten Argumenten. Die Erbitterung gegen Compers sei darauf zurückzuführen, daß die „Genossen“ ganz einseitig über diesen Mann unterrichtet würden. Im übrigen müsse es ein unantastbares Recht jedes „Genossen“ sein, sich für seine Mittel weiter zu bilden; keine Parteiverammlung habe da hineinzureden.

Eine originelle Lösung fand die Geschichte mit der besonderen Zeitungsgründung. Die Sache verhält sich nämlich so: Als einer der Beamten aus dem Gefängnis kam, wurde zu einer Feier eine Ill.-Zeitung verfaßt. Daraus haben die Radikalsinnis die Gründung eines neuen Blattes gemacht. Aber die Sache hat noch einen Haken. In dieser Ill.-Zeitung wurde der radikale Marxismus etwas arg mitgenommen. Daher die große Entrüstung! Als jedoch auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig ein „Sozialistisches Monatsheft“ verteilt wurde, in welchem die Revisionisten in der haarsträubendsten Weise lächerlich gemacht wurden, da hat kein Hahn danach gekräht.

Die ganze Veranstaltung in Hamburg hat zweifellos einen komischen Beigeschmack. Immerhin aber ist sie bezeichnend dafür, wie die „Genossen“ das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei auffassen. Gewerkschaftsbeamte treffen sich jaungslos zu gegenseitiger Aussprache. Das dulden die Parteigrößen einfach nicht. Die Partei ist nach ihrer Ansicht der Herr, die Gewerkschaften sind die Diener, die sich einfach ihren Anordnungen zu fügen haben. Daß sich die Gewerkschaften diese unwürdige Rolle so lange gefallen lassen, ist jedenfalls kein Beweis für ihre Stärke und Unabhängigkeit. Weiter aber zeigt der Vorgang, wie es um die Freiheit in dem Zukunftsstaate bestellt sein müßte, in dem die waldschichten „Genossen“ die Herrschaft haben.

Zur Charakteristik des Frierischen Verbandes.

Der „Verband deutscher Eisenbahn-Gewerkschaften und Arbeiter“ nimmt eine recht eigenartige Stellung in der Arbeiterbewegung ein. Er lehnt es ab, sich irgend einer gewerkschaftlichen Richtung anzuschließen, um nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als sei er völlig unabhängig und neutral. Indessen, die scharfe Polemik seines Organs gegen die Deutschen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften und die auffallend sarte Rücksichtnahme gegen die „freien“ Gewerkschaften rechtfertigen den vielerseits schon lange gehegten und auch oft ausgesprochenen Verdacht, daß im Frierischen Verbande starke sozialdemokratische Einflüsse geltend sind.

Einen neuen Beweis dafür liefert die Galtung des Frierischen Verbandsorgans gegenüber der Landtagskandidatur unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt. Es schreibt:

„Den vorstehenden Bericht (bezieht sich auf einen Berichterstattungsbericht als Leitartikel) bringen wir deshalb unsern Mitgliedern zur Kenntnis, weil im 7. Berliner Wahlkreis die Abgeordnetenwahl vor der Tür steht, in der u. a. Herr Goldschmidt kandidiert. Seine Aufstellung hat er vor allem dem Einfluß der geringen Anzahl der Berliner Lehrer zu verdanken. Um wieviel mehr müßten daher die Tausende von Eisenbahn-Gewerkschaften und Arbeitern für eine Sonderkandidatur einreten!“

Ob Herr Goldschmidt nach dem Vorausgeführten noch der rechte Mann am rechten Platz ist, erscheint uns sehr fraglich. Wir stellen unter diesen Umständen der einflussvollen Erwägung unserer Kollegen anheim, ob sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, einem solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben.“

Demgegenüber veröffentlichen wir jetzt einen Brief, den der stolze Goldschmidt als Dank für sein entschiedenes und erfolgreiches Eintreten für die Sache der Eisenbahner vom Frierischen Verbandsvorstande erhalten hat. Das Schreiben ist bereits länger als anderthalb Jahre in unseren Händen, und wir hätten auch fernerhin von seiner Veröffentlichung abgesehen, wenn nicht obige Ausführungen uns geradezu provozierten. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Frier, den 2. April 1908.

Hochgeehrter Herr Abgeordneter!
Euer Hochwohlgebornen hatten die Güte, bei Gelegenheit der Beratung des Eisenbahn-Gesetzes im Agl. Kreuz. Landtage im vorigen Monat die Interessen der Eisenbahn-Gewerkschaften und Arbeiter nachdrücklich zu vertreten.

Der fragliche Vortrag bewies zur Evidenz, daß Ew. Hochwohlgebornen die betreffenden, sehr verschiedenen und vielen Angelegenheiten vollständig beherrschten und daß Ew. Hochwohlgebornen zu diesem Studium sehr viele Zeit und Mühen geopfert haben.

In allen Teilen unseres deutschen Vaterlandes haben die Eisenbahner, Sandwerker und Arbeiter, dieses hochberühmte Wohlwollen vernommen und geben ihrer innigsten Dankbarkeit mit zahlreichem Briefen an den Verband deutscher Eisenbahn-Gewerkschaften und Arbeiter, Sie Frier, welcher Berufsorganisation dieselben angehören, bereiten Ausdruck.

Der Zentralvorstand und Aufsichtsrat genannter Berufsorganisation genügt sich deshalb Ew. Hochwohlgebornen andurch die Gefühle inniger Dankbarkeit der 56 000 Mitglieder genannten Verbandes für das demselben bezeugte, hochberühmte Wohlwollen zu übermitteln, mit der Versicherung, daß wir uns denselben stets sehr würdig zu zeigen wissen und dieser Dankbarkeit gelegentlich nachzugeben uns Ausdrück geben werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
zeichnet dankbarst:
Pet. Holz, Verbandsvorsitzender.

Ein seltsamer Widerspruch, der in diesen beiden Rundgeboten zutage tritt! Die Eisenbahner aber, die das Wirken Goldschmidts im preussischen Abgeordnetenhaus verfolgt haben, wissen, was er für sie geleistet hat. Sie sollten deshalb auch einer Organisation den Rücken kehren, deren Leitung in so ungewöhnlicher Weise der Sozialdemokratie Vorparanndienste leistet, obgleich diese niemals imstande sein wird, für die Eisenbahner Vorteile zu erringen. Für jeden denkenden Eisenbahner kann es nur eine Parole geben: Sine in den Gewerkschaften der Deutschen Eisenbahner (S.-D.)!

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 26. Oktober 1909.

Die Landtagswahlen in Sachsen und Baden zeigen, wenn auch wegen der zahlreichen Stichwahlen ein endgültiges Resultat noch nicht vorliegt, einen ganz deutlichen Aus nach links. Die Sozialdemokratie hat in beiden Ländern am besten abgeschnitten. In Sachsen ist die Macht der Konservativen, die bisher die Mehrheit in der Kammer hatten, gebrochen; in Baden ist die Vorherrschaft des Zentrums erheblich juridgedrängt worden. Zweifellos bedeutet das Wahlergebnis in beiden Bundesstaaten den Ausdruck der tiefgehenden Verstimung und Erbitterung, den die Reichsfinanzreform in allen Kreisen der wertigsten Bevölkerung erzeugt hat. Die Parteien, welche jene famose „Reform“ zustande gebracht haben, suchen es natürlich in ihrer Presse so darzustellen, als ob die Liberalen und Sozialdemokraten „durch eine maßlose Hebe“ die Massen des Volkes aufgepeitscht hätten. Nein, nicht derjenige trägt die Schuld an der Mißstimmung, der auf die Sünden hinweist, sondern derjenige, der sie begeht. Das mögen sich die Blätter vom Schlage des „Reich“ gesagt sein lassen, die bei ihrem bösen Gewissen gern die Schuld auf andere abwälzen möchten.

In dem Koalitionsrechtskampfe der Luedlburger Gärtnergehilfen ist keine Aenderung eingetreten. Die Zahl der an der Bewegung beteiligten Kollegen ist dieselbe geblieben. In sozialdemokratischen Zeitungen, wie z. B. im „Sächsischen Volksblatt“, wird mit einer gewissen Schadenfreude darauf hingewiesen, daß das Ende des Kampfes voraussichtlich die vollständige Auflösung des Gewerkschaftsvereins der Gärtner sein werde. Das wird aber sicherlich nicht der Fall sein. Erstens sind in einigen, wenn auch kleineren Betrieben noch Gehilfen beschäftigt, die dem Gewerkschaftsverein treu geblieben sind. Aber auch die übrigen Kollegen, die zur Gewerkschaftsvereinigung halten und über kurz oder lang an anderen Orten Stellung finden, werden dafür sorgen, daß dort Ortsvereine der Gärtner gegründet werden. Verbündet wird in jenen Blättern auch der Wortwurf erhoben, daß die Bewegung deswegen keinen nennenswerten Erfolg erzielen werde, weil die Ge-

werksvereinsleitung dagegen gewesen sei, daß die Gehilfen unter Kontraktbruch in den Ausstand traten. Das ist pure Heuchelei! Auch dann hätte die Bewegung keinen größeren Umfang angenommen. Das „Sächsischen Volksblatt“ spricht selbst von dem „Vetargie- und Verweisslungs-zustand“, in dem sich die Luedlburger Gärtnerarbeiter befinden haben. Daß mit solchen Truppen, namentlich wenn sie nur zu einem ganz kleinen Teile organisiert und häufig noch bei dem Arbeitgeber in Vorruhe sind, keine großen Kämpfe durchgeführt werden können, das weiß das Volk ganz genau. Geradezu lächerlich aber ist die Behauptung, daß es Aufgabe der freigewerkschaftlichen Organisation sei, das Feld wieder neu anzubauen. Die Herren wissen ganz genau, daß auch die freigewerkschaftliche Organisation trotz der größten und angestrengtesten Bemühungen in Luedlburg keine Bedeutung hat gewinnen können. Es sind also leere Redensarten, die da gemacht werden und die nur den Zweck haben können, die im Kampfe befindlichen Kollegen wankelmütig zu machen. Darin werden sich aber die sozialdemokratischen Blätter täuschen. Die Solidarität der Gewerkschaftsvereinskollegen wird dafür sorgen, daß die Gärtnergehilfen im Kampfe ausharren, bis es ihnen gelungen ist, anderweitig Beschäftigung zu finden. Einen Stamm zuverlässiger Kollegen werden wir in Luedlburg behalten. Sie werden darauf bedacht sein, den Gewerkschaftsgedanken weiter zu verbreiten, und die Zeit wird kommen, wo auch die proklamierten Samenjücker das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter unangestastet lassen. Die Kollegen im Reich bitten wir, ihre Sammlungen fortzusetzen und die Beträge baldigt, soweit nicht andere Bestimmungen getroffen sind, an den Verbandskassier Kollegen Klein, Berlin, Greifswalderstr. 221-23, einzusenden.

Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter. Im Reichsamt hat eine Konferenz der verschiedenen vier Gewerkschaftsrichtungen stattgefunden. Vom Gewerkschaftsverein der Zigarren- und Tabakarbeiter nahm der Generalsekretär Kollege Hoff-Heidelberg daran teil. Die erste Sitzung fand unter dem Vorsitz des Schatzmeisters Herrn Wermuth am 22. Oktober, vormittags 11 Uhr, statt. Die beiden weiteren Sitzungen fanden am Freitag nachmittag und Sonnabend vormittag unter dem Vorsitz des Direktors im Reichsamt Herrn Kühn statt. In diesen Sitzungen wurden die allgemeinen Situationen im Tabakgewerbe und der mutmaßliche Verlauf der jetzigen Geschäftskrisis im Tabakgewerbe besprochen, des weitern die dem Bundesrat zu unterbreitenden Ausführungsbestimmungen zur Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter. Die Organisationsvertreter trugen die Beschwerden und Wünsche der Arbeiter vor und formulierten sie zu bestimmten Abänderungsvorschlägen bei den einzelnen Paragraphen. Die Verhandlungen waren vertraulich, doch sagten die Vertreter des Reichsamtes Befürwortung der Wünsche der Arbeitervertreter bei endgültiger Fassung der Ausführungsbestimmungen im Bundesrat zu.

Der 23. ordentliche Berufsgenossenschaftstag ist in diesen Tagen in Stuttgart abgehalten worden. Zahlreiche Behörden waren vertreten, darunter auch das Reichs-Versicherungsamt durch seinen Präsidenten Dr. Kaufmann. In seiner Begrüßungsansprache sollte dieser der Tätigkeit der Berufsgenossenschaften reiche Anerkennung, betonte aber, daß namentlich in der Weiterförderung des berufsgenossenschaftlichen Selbstverfahrens und der Unfallverhütung noch viel zu tun übrig bleibe. Die Referate, welche gehalten wurden, beschäftigten sich zum allergrößten Teile mit dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung. Die grundsätzliche Stellung des Berufsgenossenschaftstages gelangte zum Ausdruck in folgender Resolution:

„Der Berufsgenossenschaftstag stellt mit Befriedigung fest, daß die von seinen der anderen Versicherungsträger, der großen wirtschaftlichen Verbände für Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Industrie, von Vertretern der Wissenschaft und von Sozialpolitikern an dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung geübte Kritik eine weitgehende Übereinstimmung mit denjenigen Grundgedanken aufweist, die der außerordentliche Berufsgenossenschaftstag vom 26. Mai 1909 in seiner damals einstimmig angenommenen Erklärung niedergelegt hat. Er gibt nunmehr der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung den genannten Gesichtspunkt unter Berücksichtigung dieser Stellungnahme einer gründlichen Umarbeitung unterziehen wird, insbesondere in der Richtung, daß die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften im vollen Umfange gesichert bleibt und daß von einem neuen, kostspieligen Beamtenapparat Abstand genommen wird.“

Im Verlaufe der Verhandlungen regte Dr. Kaufmann ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den Berufsgenossenschaften und dem Verein vom Roten Kreuz an. Beachtung verdient auch der Vortrag des Direktors Wittowski vom Reichsver-

ficherungssamt über die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherung. Trotz der schätzbaren Arbeit der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallversicherung steigt die Zahl der Unfälle fortwährend. Das erklärt sich außer durch die Zunahme der Arbeiter und Betriebe und durch die immer präzisere Anmeldung der Unfälle wohl auch daraus, daß die Arbeiter eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den Unfallversicherungsmaßnahmen an den Tag legen. Für die kleinen Unternehmer und die Arbeiter seien außerdem die Vorschriften nur schwer verständlich. Das Reichs-Versicherungsamt habe daher einige Vorschläge ausgearbeitet, wie den Arbeitern die Kenntnis erleichtert werde. Auf diese Abänderungsvorschläge ist übrigens im „Gewerkverein“ bereits hingewiesen worden. Der Vortragende empfahl zur Abhilfe der bestehenden Mängel die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse. Sehr interessant war der Vortrag desselben Referenten über die Aufgaben der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete des Selbstverfahrens in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall. Den Schluß der Beratungen bildeten geschäftliche Angelegenheiten.

Arbeiterbewegung. Der Kampf der Bergarbeiter in dem Mansfelder und Eisenerz Revier hat an Ausdehnung und Schärfe noch bedeutend zugenommen. Die Zahl der Streikenden beträgt sicherlich 10 000; über zwei Drittel der Belegschaft sind damit in den Kampf verwickelt. Die Direktion der Mansfelder Gewerkschaft lehnt jedes Entgegenkommen ab und weigert sich entschieden, mit Vertretern der Organisation zu verhandeln. Die Arbeiter sollen einzeln kommen. Dadurch ist natürlich die Erregung und Verbitterung auf das höchste gestiegen. Hier und da sind auch Ausschreitungen Streikender vorgekommen, so daß Militär in das Kampfgebiet geschickt worden ist. Die Aufstellung von mehreren Maschinengewehren hat natürlich die Aufregung nur noch vergrößert. — Weil die Arbeiter den Boykott über die Mühlen der Umgegend von Nürnberg verhängt haben, hat der Arbeitgeberverband bayerischer Mühlen die Aussperrung aller organisierten Arbeiter beschloffen. — Zu einer umfangreichen Bewegung war es in den Zuckerfabriken von F. H. Meyer u. Sohn in Langernmünde gekommen. Wegen fortwährender Lohnunterschieden waren daselbst über 1500 Arbeiter in den Ausstand getreten. Nach dreitägiger Dauer ist der Konflikt beseitigt und die Arbeit wieder aufgenommen worden. — Der Kampf in der Schuhindustrie von Offenbach und Umgegend, der durch Differenzen in der Frankfurter Schuhfabrik, A. G., vorm. Herz u. Co., verursacht war, wird vermieden werden. Den Zuschneidern wurden einige Zulagen gemacht und außerdem eine Kommission gewählt, welche die Affordfrage regeln und einen Lohnantrag ausarbeiten soll. Daraufhin wurde die Kündigung zurückgezogen, womit auch die Gefahr einer allgemeinen Aussperrung beseitigt ist. — Die Bewegung der Holzarbeiter in Südwestdeutschland scheint ebenfalls ihrem Ende entgegenzugehen. An verschiedenen Orten sind Einigungsverhandlungen angeknüpft worden, die auch teilweise zu Erfolg gekrönt gewesen sind. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß auch an anderen Orten eine Einigung zustande kommt.

Der unglaubliche Terrorismusfall, den wir kürzlich aus Magdeburg meldeten und bei dem der sozialdemokratische Zentralverband der Handlungsgesellschaften eine so untrümbliche Rolle spielte, wird in der Presse vielfach erörtert. Auch in mehreren Zeitchriften an uns kommt die Empörung über die rücksichtslose Brutalität jener „Freiheitshelden“ deutlich zum Ausdruck. Gleichzeitig aber werden Zweifel erhoben, ob denn jener Brief wirklich so geschrieben worden ist. Diesen Zweifeln gegenüber betonen wir ausdrücklich, daß das Original im Besitz der Redaktion des „Mitteld. Kurier“ ist, die uns eine Photographie davon zur Verfügung gestellt hat. Könnte der Vorfall abgeleugnet werden, würden es die „Genossen“ sicherlich getan haben. In ihrem Schweigen kommt das Schuldbewußtsein am stärksten zum Ausdruck.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding ist von seinem Amte zurückgetreten. Sein Abschiedsgesuch ist begründet mit dem hohen Lebensalter — Dr. Nieberding steht im 72. Lebensjahre — und schwacher Gesundheit, die durch ein Augenleiden verurlicht ist. Ueber 50 Jahre ist Dr. Nieberding im Amte gewesen, 17 Jahre hat er an der Spitze des Reichsjustizamtes gestanden. Er war ein Jurist von ganz hervorragenden Fähigkeiten und Kenntnissen, der sich in seiner Amtstätigkeit auch von parteipolitischen Strömungen frei zu halten verstand und wegen seiner Sachlichkeit, Gerechtigkeit und persönlichen

Liebenswürdigkeit sich allgemeiner Achtung erfreute. Sein Hauptwerk ist das Bürgerliche Gesetzbuch, das unter seiner Amtsführung abgeschlossen wurde. Vorbereitet von ihm ist auch die Reform des Strafprozessverfahrens und des Strafgesetzbuches, das einer seiner Nachfolger vollenden wird. Den Ausbau des Arbeiterrechts hat Dr. Nieberding allerdings nicht im geringsten gefördert. Er hat sogar seinerzeit die Justizhausvorlage an der Seite des Grafen Kosakowsky im Reichstage verteidigt. Auch sonst hat er zeitgemäßen Neuerungen meist einen heftigen Widerstand entgegengeleitet. Zu seinem Amtsnachfolger ist der Präsident des Kammergerichts, Wirlf. Geh. Oberregierungsrat Dr. Lisco ernannt worden.

Scharfmacher und Sanjabund. Die Richtlinien des Sanjabundes, die ja in der Tat wegen ihrer vielfachen Unklarheit zur Kritik herausgefordert haben, sind auf den stärksten Unwillen bei den Scharfmachern gestossen. Dieselben sind offenbar nicht auf ihre Rechnung gekommen. Der Zentralverband Deutscher Industrieller, der vor kurzem in Berlin tagte, hat, wie wir bereits kurz mitteilten, zwar seinen Anschluß an den Sanjabund vollzogen, die Begeisterung dafür scheint aber nicht allzu groß gewesen zu sein; denn das Referat des Landrats Höpfer, der den Anschluß empfahl, wurde mit eisigen Schweigen aufgenommen; kein Mensch nahm das Wort zur Diskussion. Dann aber wurde bekanntlich ein besonderer Wahlfonds gegründet, um Freunde der Industrie in den Reichstag zu wählen. Man schenkt in dieser Beziehung offenbar dem Sanjabunde wenig Vertrauen, der ja auch als seine Abiicht zu erkennen gegeben hat, bei den politischen Wahlen Kandidaten aufzustellen.

Nach ablehnender aber äußert sich die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“. Sie hatte verlangt, daß der Sanjabund einseitig die Interessen der Unternehmer wahrnehmen müsse. Das Scharfmacherblatt aber hat durch die Veröffentlichung der Richtlinien eine schwere Enttäuschung erfahren. Zu seiner vorletzten Nummer schreibt es:

„Die Sache der Arbeitgeber will der Sanjabund nicht zu der seinigen machen. Er will Arbeitgeber und Arbeitnehmern neutral gegenüber stehen, um es mit niemandem zu verderben. So haben die Arbeitgeber als solche also nichts vom Sanjabund zu erwarten und zu hoffen, und er wird ihnen dadurch zu einer gleichgültigen Institution.“

Das Blatt wittert aber weiter bereits den Beginn einer neuen Ära Caprivi, die der Sanjabund herbeiführen will. Die unter der Ära Caprivi getriebene Zoll- und Handelsvertragspolitik sei nur möglich gewesen mit Hilfe der Sozialdemokratie, der man dafür wesentliche sozialpolitische Konzeptionen habe machen müssen. Das sei nun auch zu befürchten, wenn man für die Zukunft dieselbe Handelspolitik mit Hilfe der Sozialdemokratie zu treiben beabsichtige. Davon will die „Arbeiter-Zeitung“ nichts wissen.

Nicht allein eine unerträgliche Mehrbelastung der Produktion dürfte die Gegengabe für die sozialdemokratische Hilfe bilden, sondern es würde ohne Zweifel vor allem auch die bisher mit heißer Nüchternheit verteidigte Selbständigkeit der Vetriebsleiter preisgegeben werden, um der Sozialdemokratie die Neuauflage der Ära Caprivi mundgerecht zu machen. Sollte sich unsere Vermutung bezüglich der weiteren Entwicklung der Dinge auf diesem Gebiete tatsächlich bestätigen, so würde man also die Opferung der wesentlichen Interessen der Arbeitgeberhaft und damit eine eminente Gefährdung der Zukunft unserer Industrie und unseres Gewerbes zu gewärtigen haben.“

Also bei den wackelhaften Scharfmachern findet der Sanjabund keine Gegenliebe. Offenlich wird er sich darüber hinwegzusetzen wissen.

Einen gründlichen Weinsfall erlebte in diesen Tagen der Reichstagsabgeordnete Franz Behrens, der es mit seiner Stellung als Führer der christlichen Gewerkschaften für vereinbar gehalten hat, für die Reichsfinanzreform zu stimmen. Mit allen möglichen Spitzfindigkeiten suchen bekanntlich die christlichen Selben ihre Haltung zu verteidigen; sie finden aber in der Arbeitererschaft dafür kein Verständnis. Das mußte Herr Behrens am 21. Oktober auch in einer von 600 Personen besuchten Versammlung in Biedorf, dem größten Orte seines Wahlkreises, erfahren, in der nach einer langatmigen Redefertigungsbrede des Herrn folgende Resolution gegen eine verschwindende Minderheit angenommen wurde:

„Die am 21. Oktober in Biedorf Versammelten verurteilen entschieden unsere bisherige Steuerpolitik im Reiche und sind keineswegs mit der Steuermacherei, die bei der letzten Reichsfinanzreform betrieben wurde, einverstanden, vielmehr protestieren sie gegen die unwürdige Art und Weise der Belastung des Mittel- und Arbeiterstandes. Dem Reichstagsabgeordneten des Wahl-

kreises Weimar-Altenkirchen, Herrn Behrens, machen die Versammelten den Vorwurf, daß er durch die einzelnen Bestimmungen nicht die wirklichen Interessen der Wähler gewahrt hat.“

Daß die Menschen aber auch gar nicht begreifen können, wie angenehm die neuen Steuern auf den Geldbeutel wirken! Armer, unverständlicher Franz!

Unternehmerterrorismus. Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und Vororten verlangt in einem Kundschreiben von seinen Mitgliedern, daß jeder Kostenanschlag und jede Offerte mit einer Kartellmarke versehen sein müsse, die die Zugehörigkeit der betreffenden Firma zum Kartell zu erkennen gibt. Wo diese Marke fehlt, soll erst im Mitgliederverzeichnis nachgesehen werden, ob die Firma dem betreffenden Verbands angehört, ehe geschäftliche Verbindungen mit ihr angeknüpft werden. Offerten von Firmen, die dem Arbeitgeberverbande nicht angehören, sollen mit dem Hinweis darauf zurückgeschickt werden. Ist jemand genötigt, mit Firmen wegen einer Vergebung eines Auftrages in Beziehung zu treten, die nicht dem Kartell angehören, dann sollen sie ruhig vor die Alternative gestellt werden: Entweder Eintritt in den Arbeitgeberverband oder kein Auftrag.

Der „Grundstein“, das Organ des sozialdemokratischen Zentralverbandes der Maurer, regt sich über dieses Vorgehen des Unternehmerverbandes auf. Er tadelt es, daß durch Androhung und Durchführung des wirtschaftlichen Boykotts, durch Entziehung von Arbeit und Material, alle baugewerblichen Unternehmer in das Berliner Bauunternehmerkartell hineingetrieben oder zur Aufgabe des Geschäftes gezwungen werden sollen. Das Blatt hat vollkommen recht. Wir meinen jedoch, daß der „Grundstein“ ebensowenig wie der „Vorwärts“, der in dasselbe Horn stößt, Ursache haben, sich über diesen Koalitionszwang sonderlich aufzuregen. Denn sie sind die Vertreter des schroffsten Terrorismus den Arbeitern gegenüber. Der Zwang, den sie auf Unorganisierte sowohl als auch auf Andersorganisierte ausüben, ist viel härter als derjenige, den sie hier an dem Unternehmerkartell rügen.

Die Wirkungen des schwedischen Riesenkampfes machen sich mit unverminderter Schärfe geltend. Die Arbeitsgelegenheit ist vermindert, und Zehntausende von Arbeitern, die sich den drakonischen Bedingungen der Unternehmer nicht fügen wollen, liegen ausgeperrt auf der Straße. Die Not ist um so größer, als die Arbeitgeber auch bereits begonnen haben, die widerspenstigen Arbeiter aus den Arbeiterwohnungen, die von vielen noch als Wohlfahrtseinrichtungen angesehen werden, hinauszumwerfen. Eine umfassende Auswanderungsbewegung ist die Folge dieser Zustände. Aus allen Landesteilen kommen Nachrichten, daß zahlreiche Arbeiterfamilien den heimatischen Staub von ihren Schuhen schütteln und sich jenseits des Ozeans eine neue Existenz zu gründen bemüht sind. Namentlich Berg- und Eisenarbeiter kommen in Betracht, die als Heißhitzler meistens Brasilien gewählt haben. Ein besonderes Auswanderungsbureau ist geschaffen worden, das mit dem in Berlin ansässigen und für die brasilianische Regierung wirkenden Auswanderungsagenten ein Uebereinkommen getroffen hat, wodurch den Auswanderern freie Ueberfahrt mit einem Sonderdampfer nach Rio de Janeiro verbürgt wird. Einschließlich der Familien beläuft sich die Zahl dieser „Auswanderungslustigen“ bereits jetzt auf viele Tausende.

Der Verein für Volksunterhaltungen begehrt am 30. d. M. die Feier seiner 400. Veranstaltung durch ein Fest (Konzert und Ball) in der Philharmonie. Die königl. Schauspielerei Frau Nusch a Buke wird einen von Herrn Albert Träger gedichteten Prolog vortragen, dem sich Tröster- und Solistenvorträge anschließen werden. (Mitwirkende Herr Lieban, Frau Lieban-Globig, Herr Dr. Oscar Daniel.) Billets zu 40 und 80 Pfg. sind bei den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Der Verein der Kgl. Sammlung für deutsche Volkskunde veranstaltet in diesem Winterhalbjahre eine Reihe von öffentlichen Vorträgen, deren erster am Mittwoch, den 3. November, abends 8 Uhr, im neuen Foyer des Kunstgewerbe-Museums, Prinz Albrechtstraße 7-8, stattfindet. Der bekannte Volksforscher Schriftsteller Robert Mielke wird über „Das deutsche Dorf“ sprechen und seinen Vortrag mit Lichtbildern begleiten. Eintrittskarten sind in der Kgl. Sammlung für deutsche Volkskunde, Klosterstraße 36, unentgeltlich zu entnehmen.

Gewerkevereins-Teil.

Berlin. Ueber die Ausdehnung der Sonntagsruhe hat die Gewerke-Deputation des Berliner Magistrats in den offenen Ladengeschäften eine Umfrage veranstaltet. Die Ergebnisse derselben liegen jetzt vor. Die Fragebogen sind an 31 414 Firmen versandt worden. Von diesen haben sich 15 915, das heißt über 50 Prozent für die Sonntagsarbeit in dem bisherigen Umfang ausgesprochen. Für eine verkürzte Sonntagsarbeit waren 11 116 Ladeninhaber oder 35 Prozent. Für die vollständige Sonntagsruhe sprachen sich nur 4332 Firmen gleich 13 Prozent aus, während 51 Firmen oder 0,16 Prozent sich überhaupt nicht äußerten. Gegen die vollständige Sonntagsruhe haben sich besonders die Inhaber von Milchgeschäften, Blumenhandlungen, Konditoreien, Bäckereien und Schlächtereien ausgesprochen. Nach dem Ergebnis dieser Abstimmung, das nicht sonderlich überrascht hat, ist an eine Einschränkung der Sonntagsarbeit vorläufig nicht zu denken. Kommen wird sie aber, denn die Erkenntnis, daß eine solche keine Einschränkung des Absatzes, sondern nur eine Verschiebung der Verkaufzeit bedeutet, wird schließlich auch in die Kreise derjenigen eingezogen werden, die gewissermaßen aus Tradition an der Sonntagsarbeit festhalten möchten.

Unser Verein der Deutschen Kaufleute beabsichtigt, in der Öffentlichkeit dieses Resultat kritisch zu beleuchten. Er wird zu diesem Zweck am 4. November 10 öffentliche Versammlungen in Berlin veranstalten, die hoffentlich auch von Arbeitern recht zahlreich besucht werden, damit diese bekunden können, daß sie an der Öffnung der Ladengeschäfte an den Sonntagen auch nicht das geringste Interesse haben.

Dortmund. Diejenigen Ortsvereine, die sich dem Ortsverband Dortmund angeschlossen haben und mit ihren Ortsverband, sowie Ortsvereine noch im Rückstand sind, werden dringend ersucht, ihren Verpflichtungen bis spätestens 1. Dezember nachzukommen. Ferner werden besonders die auswärtigen Ortsvereine darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich bei etwa vorzunehmenden Pausagitationen an den Unterzeichneten wenden mögen. **Karl Böhl,** Ortsverbandschriftführer.

Striegau. Am Sonntag, 17. Oktober, fand hier selbst eine vom katholischen Arbeiterverein einberufene Versammlung statt, zu welcher Freunde und Gönner des Vereins eingeladen waren. Aber auch die Mitglieder des Vereins hatten zahlreiche Arbeiter zum Besuche der Versammlung aufgefordert. Referent war der Sekretär des Verbandes der katholischen Arbeitervereine, Herr Reichstagsabg. Dr. Fleischer-Berlin, der einen Vortrag über die neue Steuerreform hielt. Lange bevor die Versammlung eröffnet wurde, richtete man an einen den freien Gewerkschaften angehörenden Besucher, einen ganz ruhigen Mann, die Aufforderung, sofort den Saal zu verlassen, da er nicht Mitglied des katholischen Arbeitervereins sei. Auf die Antwort, er sei von einem Mitgliede eingeladen worden, erfolgte nochmals Verweisung aus dem Saal, und um diese recht nachdrücklich zu machen, erschien auch schon der Witt, welcher den „Eindringling“ dreimal zum Verlassen des Lokals aufforderte. Gleichzeitig war auch schon ein Polizist auf der Bildfläche aufgetaucht, welcher dem Gewerkschaftler riet, doch das Lokal zu meiden und keine Störung zu verursachen. Diefem wiederholten dringenden Verlangen kam dann auch der Mann freiwillig nach.

Ein ähnliches Geschehen ereilte im vorigen Jahre unsern Kollegen Schumann, als er es gewagt hatte, in einer Versammlung des Vereins die Art seiner Agitation zu kritisieren. Als unser Kollege darauf hin-

wies, man sollte lieber die unmorganierten Kollegen zu gewinnen suchen, als dem Gewerkeverein die Mitglieder wegzuschneiden, mußte er schnell zusehen, wo der Zimmermann das Loch gefaßt hatte, sonst wäre auch er mit Gewalt an die frische Luft gesetzt worden.

Was die jetzige Versammlung anbetrifft, so führte der Herr Vortragende seinen Zuhörern zu Gemüte, daß die Ablehnung der Erbschaftsteuer durchaus im Interesse der minderbegüterten Bevölkerung gelegen habe. Gerade die unteren Schichten würden am meisten davon betroffen werden sein. Die vom Schnapsbros bewilligten Steuern dagegen seien Gerechtigkeitssteuern. Es ist bezeichnend für die Versammlung, daß die Mehrzahl ihrer Besucher diese Ausführungen ernst nahm. Eine Diskussion fand nicht statt. Es wurde zum Schluß vom Stadtpfarrer ein Artikel aus dem freimüthigen „Striegauer Anzeiger“ verlesen, der sich auf die Zustände in Spanien bezog. Unter Hinweis darauf, warnte der Vorleser vor der Fälschung dieses Plattes, das kein katholischer Mann mehr lesen dürfe, sondern sofort abstellen müsse. Daß diese Mahnung eine besonders starke Wirkung haben wird, glauben wir nicht.

Verbands-Teil.

3. Sitzung über die Sammelgelder für die um das Koalitionsrecht kämpfenden Gärtner in Lueddینگ.
Bauhauwerker: Göttingen Nr. 5.—, Grimmen 7,30. **Bildhauer:** Generalrat 20. **Textilarbeiter:** Berlin V 10, Canena 6,50, Greifswald 3, Rehwitz 5, Otterndorf 1, Staffort 10, Werchen 4,47, Feig 10. **Gemeindearbeiter:** Berlin 6,25, Schöneberg 8, **Graphische Verleger und Maler:** Annaburg 5, Saarbrücken 8. **Holzarbeiter:** Plosta 8,20, Köln-Deich 9,25, Dresden 10, Freiburg 7,75, Halle 10, Naumburg 2,45, Posen 5, Rathenow 3, Staffort 3. **Konditoren:** Berlin IX 9,30. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Berlin IX 28,30, Dresden I 5, Saarbrücken 5, Weissenfels 5. **Schneider:** Elberfeld 10, Lueddینگ 11,75. **Schuhmacher- und Lederarbeiter:** Baugen 5,25, Pirnaisens 10, Weissenfels 25. **Textilarbeiter:** Generalrat 50, Erlangen 4. **Ortsverbände:** Dortmund 8,35, Dresden (Ortsverbandsvertreter) 6,50. **Gelammelt durch die Redaktion des „Mittheilungen Kurier“ (2. Rate) 53,35. **Verbot:** Stiemann-Berlin 5,50. **Summa Nr. 410,47.**
 Vereint quittiert Nr. 2005. **Insgesamt Nr. 2415,47** Berlin, den 25. Oktober 1909.
Rudolf Klein, Verbandskassierer.**

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkevereine (S. D.). Verbandsrat der Deutschen Gewerkevereine, N. O., Greifswalderstraße 221/223. Die Sitzung fällt aus. Daß 8 1/2 Uhr Besuch der Versammlung im Berliner Rathaus, Saal 109. Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Gottschalk über: Grundzüge des gewerblichen Arbeiterrechts. — **Gewerkevereine-Niedertrief (S. D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Leubungsstunde im Verbandsbau der Deutschen Gewerkevereine (Gründer Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distriktsrat Noabitz.** Jeden Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, Sitzung b. Rabau, Waldstr. 53. — **Radwärterschaftlicher Distriktsrat Berlin.** Pflanzstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Sonnabend, 30. Oktober. Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen bei Melkert, Poststr. 69. Reklamationsvortrag von Fr. Kömer. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr Ortsversammlung, Fruchtstraße 36a. 1. Mittheilungen. 2. Vortrag des Kollegen Jordan: „Das Recht des Arbeiters im gewerblichen Leben“.

3. Generalkonferenzprotokoll. 4. Werkstattdarlegenheiten. 5. Verchiedenes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8—10 Uhr 3. Jahrbuch bei Rabau, Waldstr. 53. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Kottbusstr. 6. Vortrag des Herrn Reichsanwalt Grünspach. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Gerlach, Laufigerplatz 12. Vortrag des Kollegen Joseph über: „Die neuen Steuern“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Eschwald Berliner, Brunnenstr. 148. Vortrag. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr Vereinsversammlung bei Trantow, Schönhauser Allee 65. — **Kaufleute.** Mittwoch, 27. Oktober, abends 9 Uhr, im Verbandsbau, Greifswalderstr. 221/23, Mittheilungs-Versammlung. Regitationsabend der Frau Baronin von Amelungen-Pöppelstein. Anschließend Tanz. Gäste zahlen 20 Pfg.

Orts- und Bezirksverbände.
Nachen (Distriktsrat). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsrat bei Becker, Ecke Kaufmannsplatz und Fildersstraße.
Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Göttinger Hotel, Poststr., Distriktsrat (Distriktsrat). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Bator, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden** (Distriktsrat). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Köln** (Distriktsrat). Sitzung jeden Mittwoch, abds. 9 Uhr, im Restaurant „Water Roling“, Elstergasse. — **Hamburg** (Distriktsrat). Jeden 2. u. 4. Mittwoch u. Sonntag bei Bator, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg** (Distriktsrat). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hofenstump, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsrat. — **Walsheim-Niederrhein** (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Witt Joh. Müller, Sandstraße 38. — **Cottbus** (Distriktsrat). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Rohel, Berlinstr. 120. — **Leipzig** (Gewerkevereine-Niedertrief). Die Leubungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Serubergstraße 25, statt. Gäste und himmeltreue Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weissenfels a. S.** (Leubungsabteilung der Gewerkevereine). Leubungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Iserlohn** (Distriktsrat). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Dittstr. — **Ettenim** (Sängerchor der Gewerkevereine). Die Leubungsstunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Geismerskirchen** (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvorversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — **Spremburg** (Distriktsrat). Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Zähringen“ Sitzung. Gewerkevereinsmitglieder sind herzlich willkommen. — **Nekernand** und **Umgebung** (Ortsverband). Sonntag, 31. Oktober, nachm. 3 Uhr, Vertreterversammlung in Egerha, Hotel „Deutsches Haus“. — **Witten** (Ortsverband). Sonntag, 31. Oktober, nachm. 2 Uhr bei Rofe (Rangendree) feierliche Ausschuss- bzw. Vertreterversammlung. Dasselbst 4 Uhr Ortsvereinsversammlung. Vortrag des Bezirksbeamten Braun-Tortmund. — **Schweidnitz**. Sonnabend, 13. November, abends 8 Uhr, Ortsverbandsvorversammlung, im „blauen Hekt“.

Wanderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Gewerkeverein der Bergarbeiter. H. Hartke, Agitationsbeamter, Wanne 1. B, Bahnhofstr. 240.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Freie Hochschule-Berlin.

Vorlesungen über Naturwissenschaft, Weltanschauung, Sozialpolitik, Rechtswissenschaft, Primatf. u. d. Literatur und Medizin. Ausführliche Verzeichnisse und Prospektkarten zu ermäßigten Preisen für Mitglieder der Gewerkevereine im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Der Gewerkeverein Jahrgang 1908

auf festem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einzahlung des Betrages
 N. B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer

R. Klein,

Berlin N. O., Greifswalder Strasse 221/23.

Dr. Glabach-Rheindt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jedes Brattes erhalten 50 Pfg. Reisesunterstützung im Gewerkevereinsbureau, Ecke Ritterstr. und Poststr. 1, in nächster Nähe des Bahnhofs. Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten, werden kostenlos an jedermann erteilt.

Nabeberg (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten die Anweisung für das Ortsverbandsgeheim beim Ortsverbands-schriftführer A. Habedank, Neustraße 10 I.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufs erhalten Nachquartier und Verpflegungskarten hierzu bei Karl Gebel, Plessenstraße 32 A I.

Posen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstüzung, zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereins-kassierern und bei Friedrich Ehrlich, Breslauerstr. 20.

Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereins-kassierern oder im Sekretariat Saarbrücken I. Am Markt 18.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. Freund. Preis 40 Pfg.
Volkswirtschaftslehre von Dr. E. S. Fuchs. Preis 80 Pfg.
Wuster zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdeverfahren in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg.
Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk.
Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg.
Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfsleistungsgesetz. Preis gebunden 20 Pfg.
Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.
 Auch alle andern volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
 Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.
 Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer **Rudolf Klein**, Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 221/23.
Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.